



Ein erster Schritt
Hildegard Burjan im Kreis ihrer christlich-sozialen Fraktion im Parlament.

Foto: APN/CS

Von Ingeborg Schödl

Hildegard Burjan und der Kampf um die Gleichstellung - der vor 100 Jahren das allgemeine Wahlrecht für Frauen in Österreich brachte.

Kolleginnen für die Herrenclique

Für einige der männlichen Abgeordneten geriet am 4. März 1919 ein Weltbild ins Wanken. An der nach den Februar-Wahlen stattfindenden „Konstituierenden Nationalversammlung“ nahmen erstmals auch weibliche Abgeordnete teil. Angelobt wurden sieben Sozialdemokratinnen und einige Tage später, krankheitsbedingt am 11. März, die einzige christlichsoziale Abgeordnete Hildegard Burjan. Acht Frauen hatten nun das Mitspracherecht an einem Ort, wo Frauen bisher nur in dienender Rolle geduldet wurden. Ein langer Weg hatte zumindest das erste Ziel erreicht.

In der Habsburger Monarchie verbot der Paragraph 30 des Vereinsgesetzes den Frauen die Teilnahme an öffentlichen Aktivitäten. Unter Umgehung dieses Paragraphen begannen sich die Frauen aber trotzdem für ihre Gleichstellung zu organisieren. Außer dem Wahlrecht forderten Frauen der bürgerlichen Schicht vor allem den Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten. Bei den Arbeiterinnen hatte dagegen eine gerechte Entlohnung und ein verstärkter Rechtsschutz Vorrang.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie konnten die Frauen in der nunmehrigen Republik von den demokratischen Rechten nicht mehr ausgeschlossen werden. Das mussten die Politiker aller Couleurs zur Kenntnis nehmen, hatte sich doch durch den Ersten Weltkrieg die Rolle der Frau total verändert. Sie waren es, die in diesen Jahren wesentlich zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft beigetragen hatten. Frauen mussten Aufgaben übernehmen, von denen sie bisher ausgeschlossen waren. Selbstbewusst forderten sie nun vehement das Mitspracherecht am Aufbau des demokratischen Staates Deutschösterreich.

Katholischer Schwenk

Selbst die Kirche, die das öffentliche Engagement von Frauen bisher als deren Geschlecht wesensfremd bezeichnete, schwenkte um. Der sozial sehr aufgeschlossene Erzbischof von Wien, Kardinal Friedrich G. Piffl, erkannte die Lage richtig: „Ein Festhalten am bisherigen Standpunkt wäre ein selbstvernichtender Wahnsinn.“ Nach Rückfrage in Rom durften sogar Ordensfrauen am Wahltag ihre Klausur verlassen.

Im Vorfeld der Wahlen begann nun ein intensives Werben um die Stimmen der Frauen, die 50 Prozent der Wahlberechtigten stellten. Dafür mussten aber auch

den. Die Sozialdemokraten schöpften da aus einem reichen Reservoir. Mit Frauen wie Adelheid Popp, Theresia Schlesinger und Gabriele Proft konnten sie in der politischen Szene punkten. Die Christlichsozialen mussten auf eine Frau setzen, die bereits vor dem Krieg mit Forderungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterinnen auffiel – Hildegard Burjan.

Wer war diese Frau, die als „Heimarbeiterinnenmutter von Wien“ auf sich aufmerksam gemacht hatte? Geboren wurde sie als zweite Tochter einer liberalen-jüdischen

Angebot von der Österreichischen Telephonfabriks AG. erhalten hatte. Hildegard schloss bald Kontakt zu sozial engagierten Gruppen innerhalb der katholischen Kirche, die sich mit den Aussagen der Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ (1891) auseinandersetzten. Für die Umsetzung der drei wesentlichsten Punkte der Enzyklika wollte sich Hildegard Burjan öffentlich einsetzen: gerechte Lohnpolitik, die Gründung christlicher Arbeitervereine als Hilfe zur Selbsthilfe und Ausbau des gesetzlichen Schutzes von Lohnabhängigen. Die größte Not ortete sie in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Heimarbeiterinnen. In mühevoller Kleinarbeit, aber strategisch gut aufgebaut, gelang es ihr, diese zu organisieren.

Arbeitsbedingungen als Ziel

Bereits 1912 kam es zur Gründung des „Vereins christlicher Heimarbeiterinnen“, für dessen Mitglieder Burjan eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erreichte. In öffentlichen Vorträgen setzte sich die rhetorisch brillante Hildegard Burjan für den Schutz der Arbeiterinnen vor Ausbeutung, für eine gerechte Entlohnung und gegen die – trotz Verbots bestehende – Kinderarbeit ein. Hildegard Burjan war ein Organisationstalent. In den Kriegsjahren organisierte sie für Frauen mit Kindern Lebensmittelausgabestellen, richtete Nähstuben ein, um Frauen, deren Männer an der Front waren, eine Arbeitsmöglichkeit zu bieten, und organisierte einen Hilfstransport für die notleidende Be-

„An der Wahl am 16. Februar 1919 nahmen 82,34 Prozent der Frauen teil. Insgesamt acht weibliche Abgeordnete konnten nun in der Nationalversammlung Platz nehmen.“

Kaufmannsfamilie am 30. Jänner 1883 in Görlitz a. d. Neiße (Preußisch-Schlesien). Sie besuchte das Mädchenlyzeum in Berlin, maturierte in Basel und inskribierte 1903 an der Universität Zürich Germanistik. Dort lernte sie auch ihren späteren Mann kennen. Alexander Burjan war Ungar und ebenfalls jüdischer Abstammung. Das Paar übersiedelte 1908 nach Berlin. Nach einer schweren Erkrankung, die sie in Todesnähe führte, konvertierte Hildegard zum katholischen Glauben, der für ihr weiteres Tun und Handeln bestimmend wurde.

Ende 1909 übersiedelten die Burjans nach

„Bei ihrer aufsehenerregenden Rede 1918 stellte Burjan eine bis heute nicht erreichte Forderung auf: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“

Im September 1918 fand in Wien der „1. christliche Arbeiterkongress Österreichs“ statt. Hildegard Burjan hielt einen aufsehenerregenden Vortrag, in dem sie kritisch feststellte, dass sich „nirgends die Verschiebung der Verhältnisse zwischen Mann und Frau so krass zeigen wie auf dem Gebiet der Arbeit“, und stellte die bis heute aktuelle Forderung auf: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Vorausschauend mahnte sie, dass „Frauen nach Kriegsende nicht die ersten Opfer einer wieder männerorientierten Arbeitsmarktpolitik werden dürfen“. Verständlich, dass die christlichsoziale Partei erkannte, dass sie mit dieser Frau Wählerinnenstimmen gewinnen könne. Burjan nahm nach reiflicher Überlegung das Angebot an, in die aktive Parteipolitik einzusteigen. Sie gehörte vorerst dem Wiener Gemeinderat an, wurde aber dann als Kandidatin der Partei für die bevorstehenden Wahlen aufgestellt. An der Wahl am 16. Februar 1919 machten 82,34 Prozent der Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Insgesamt acht weibliche Abgeordnete konnten sich nun in der Nationalversammlung für die Verbesserung der Lebenssituation der weiblichen Bevölkerungsgruppen einsetzen. Hildegard Burjan forderte vor allem den Ausbau der Bildungsmöglichkeiten für Mädchen ein, die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Staatsdienst, und u. a. eine Ausweitung des Mutter- und Säuglingsschutzes. Zu einer Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg kam es zwischen Adelheid Popp und Hildegard Burjan für das 1. Hausgehilfennengesetz. Dienstboten waren ohne rechtlichen Schutz total der Willkür ihrer Dienstgeber ausgeliefert. Hier gab es auch die höchste Selbstmordrate. Stolz stellte Hildegard Burjan bei der Einreichung des Gesetzesentwurfes fest, dass es „der erste Antrag ist, der von Frauen für Frauen eingereicht wird“.

Wider den Klubzwang

Das Erstaunen war groß, als Hildegard Burjan erklärte, für die vorgezogenen Wahlen 1920 nicht mehr zu kandidieren. Burjan gab drei Gründe an: zu wenig Zeit für ihre Familie, ihren labilen Gesundheitszustand und vor allem den Klubzwang. Als gläubige Katholikin konnte sie die Parteilinie nicht immer mittragen. Was sie aber verschwie, waren die wachsenden antisemitischen Tendenzen in der Partei, von denen auch sie als getaufte Jüdin betroffen war. So meinte der spätere Kurzzeit-Bundeskanzler Carl Vaugoin, „er lasse sich nicht nochmal von einer preußischen Sau-Jüdin in seinem Wahlkreis verdrängen“.

Ein wesentlicher Hauptgrund ihres Ausscheidens war aber sicher der Aufbau der bereits 1919 von ihr gegründeten religiösen Schwesterngemeinschaft „Caritas Socialis“, mit der sie neue Initiativen auf dem Gebiet der sozialen Hilfe verwirklichen wollte. Hildegard Burjan war eine Vollblutpolitikerin. Kardinal Piffl nannte sie „das Gewissen des Parlaments“. Ihr Lebensziel war aber, „das Evangelium durch die soziale Tat zu verkünden“. Sie starb am 11. Juni 1933 mit nur 50 Jahren und wurde am 29. Jänner 2012 im Wiener Stephansdom als bisher weltweit einzige Parlamentarierin selig gesprochen. Ihr politisches Credo gilt auch heute noch: Volles Interesse für die Politik gehört zum praktischen Christentum.

Die Autorin ist Publizistin und schrieb die Biografie „Zwischen Politik und“